

## EU/Zentralafrikanische Republik - Restriktive Maßnahmen

**Streichung einer Person aus der Liste der Personen, gegen die restriktive Maßnahmen verhängt wurden.**

04.03.2015

- **Durchführungsverordnung (EU) 2015/324 des Rates vom 2. März 2015 zur Durchführung von Artikel 17 Absatz 3 der Verordnung (EU) Nr. 224/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in der Zentralafrikanischen Republik; ABl. L 58 vom 3.3.2015, S. 39.**

**Anmerkung:**

Aktualisierung von Anhang I der Verordnung (EU) Nr. 224/2014.

Grundlage ist der Beschluss des gemäß der Resolution 2127 (2013) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen zur Zentralafrikanischen Republik eingesetzten Sanktionsausschusses vom 31.12.2014, wonach eine Person von der Liste der Personen gestrichen wird, die den Maßnahmen gemäß den Nummern 30 und 32 der Resolution 2134 (2014) des VN-Sicherheitsrates unterliegen.

Die Änderung ist am 3.3.2015 in Kraft getreten.

- **Durchführungsbeschluss (GASP) 2015/336 des Rates vom 2. März 2015 zur Durchführung des Beschlusses 2013/798/GASP über restriktive Maßnahmen gegen die Zentralafrikanische Republik; ABl. L 58 vom 3.3.2015, S. 79.**

**Anmerkung:**

Aktualisierung der Liste der Personen, gegen die restriktive Maßnahmen verhängt wurden.

Grundlage ist der Beschluss des gemäß der Resolution 2127 (2013) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen zur Zentralafrikanischen Republik eingesetzten Sanktionsausschusses vom 31.12.2014, wonach eine Person von der Liste der Personen gestrichen wird, die den Maßnahmen gemäß den Nummern 30 und 32 der Resolution 2134 (2014) des VN-Sicherheitsrates unterliegen.

Der Beschluss ist am 3.3.2015 in Kraft getreten.

### Mehr zu:

EU / Zentralafrikanische Republik  
Zoll

## Kontakt

Hans-Jürgen Diedrich

 +49 228 24 993 345

 [Ihre Frage an uns](#)

---

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck – auch teilweise – nur mit vorheriger ausdrücklicher Genehmigung. Trotz größtmöglicher Sorgfalt keine Haftung für den Inhalt.

© 2021 Germany Trade & Invest

Gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.